



Dr. Herbert Hupka

Mitglied des Deutschen Bundestages

53 Bonn 29. 2. 1972

Bundeshaus

Fernruf 16

Die Wahl dieser Rufnummer vermittelt den gewünschten Hausanschluß.
Kommt ein Anschluß nicht zustande, bitte Nr. 161 (Bundeshaus - Vermittlung) anrufen

Erklärung des Bundestagsabgeordneten Dr. Herbert H u p k a

Es ist schlechter politischer Stil, wenn ich zusammen mit meinen Fraktionskollegen Willy Bartsch und Dr. Franz Seume als Mitglied des Auswärtigen Ausschusses und als stellv. Mitglied des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen - beiden Ausschüssen gehöre ich seit Beginn der Legislaturperiode im Herbst 1969 an - in dem Augenblick von der Fraktionsspitze der SPD abberufen werde, da es um eine für den einzelnen und das ganze deutsche Volk gravierende Entscheidung geht. Wer als Sozialdemokrat gegen Text, Inhalt und die Folgen der Ost-Verträge schwere Bedenken vorbringt, soll mundtot gemacht werden, indem er von den Beratungen über die Verträge ausgeschlossen wird. Was soll die auch soeben wieder in der Bundestagsdebatte von Bundesminister Professor Ehmke vorgetragene freie Gewissensentscheidung, wenn hierzu dem einzelnen Fraktionsmitglied in den Ausschüssen gar keine Gelegenheit gegeben wird. Parteidisziplin rangiert vor dem Gewissensentscheid, und wer mit der Fraktionsspitze in dieser Schicksalsfrage der Deutschen nicht übereinstimmt, hat entweder wider besseres Wissen und sein Gewissen Ja zu heucheln oder er muss weichen.

Ich habe mich noch nie einer Autorität gebeugt, die für sich Unfehlbarkeit in Anspruch nimmt. Die offene und faire Auseinandersetzung um die Ost-Verträge darf nicht dadurch gesteuert und verhindert werden, dass es auf der einen Seite nur das uneingeschränkte Kommando der Fraktionsführung gibt und auf der anderen Seite die Pflicht zum strikten Gehorsam wie in einer Kaderpartei.

Ich bekenne in aller Offenheit meine grossen Sorgen angesichts der Verträge von Moskau und Warschau. Durch diese Verträge wird die Teilung Deutschlands festgeschrieben, die Möglichkeit, Deutschland in Freiheit wiederzuvereinigen, zugeschüttet, gleichzeitig die Freiheit nicht sicherer. Meine Sorgen kommen selbstverständlich auch aus meiner Verantwortung für Millionen von Vertriebenen, aber entscheidend für meinen Standpunkt sind die drohenden Gefahren für unsere Demokratie hier und die Zukunft Deutschlands als eines Ganzen durch die Stärkung der Diktaturen jenseits des Eisernen Vorhanges und die Be-

stätigung der kommunistischen Annexionen sowie des polnischen Nationalismus.

Noch bis zur Wahl vom Herbst 1969 war von den ersten Repräsentanten der SPD zu hören, dass so viel wie möglich von Deutschland für das deutsche Volk zu retten ist, dass Faustrecht nicht als Recht ausgegeben werden darf. Was aber jetzt geschieht, steht im krassen Widerspruch zu den früheren Äusserungen. Wie lange werden dieselben Verantwortlichen, die sich an vergangene Äusserungen nicht mehr erinnern lassen wollen, und nicht mehr dazu stehen, das gelten lassen, was sie heute sagen?

Wenn es die SPD-Fraktion nicht mehr erträgt, dass einige ihrer Mitglieder der seit 1969 eingeschlagenen politischen Taktik und darum auch den Ost-Verträgen widersprechen und mit anderen als von der Fraktionsspitze und Parteiführung abgesegneten Argumenten in den Ausschüssen des Deutschen Bundestages ihren Standpunkt vertreten, ist in der Fraktion der SPD und in der SPD selbst kein Platz mehr für mich. Darum verlasse ich nach reiflicher Überlegung die SPD. Sowohl die gegenwärtig zur Entscheidung anstehenden Ost-Verträge als auch der besorgniserregende innere Zustand der SPD, sowohl die Einschränkung meiner freien Gewissensentscheidung entgegen Artikel 38, Absatz 1 des Grundgesetzes durch den Ausschluß aus den Ausschüssen des Deutschen Bundestages als auch die Unglaubwürdigkeit von Aussagen, die heute verkündet und morgen bedenkenlos verworfen werden, sind Grund für diesen Entschluss. Gleichzeitig trete ich als Vorsitzender des Arbeitskreises der SPD-Bundestagsfraktion für Heimatvertriebene und Flüchtlinge zurück und lege meine Herausgeberschaft des Pressedienstes "Selbstbestimmung und Eingliederung" des SPD-Pressedienstes nieder.

Ich werde auch weiterhin im Deutschen Bundestag für meinen Standpunkt eintreten und in der Öffentlichkeit diesen verfechten. Darum habe ich mit dem heutigen Datum meinen Eintritt in die Bundestagsfraktion der CDU/CSU beantragt.